

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

November 2013

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Haushalt 2014

Bottrop spart sich kaputt!

Der Haushalt der Stadt Bottrop für das Jahr 2014 ist eine Fortsetzung des Spardiktats „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Viele Bürger merken erst jetzt langsam, wo überall kommunale Leistungen und Angebote gestrichen, gespart oder Gebühren erhöht werden.

Zahlreiche Grausamkeiten sind deswegen bewusst auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben worden. Die Summe der Streichungen und Gebührenerhöhungen beträgt in diesem Jahr 6,1 Millionen Euro und verdoppelt sich bis zum Jahr 2021 auf jährlich 14,4 Millionen Euro. Die kommunale Infrastruktur, die unsere Stadt erst lebens- und liebenswert macht, wird so Stück für Stück zerstört.

Die Liste der Grausamkeiten wird Jahr für Jahr länger:

Als Abstrafung der Bürger für das erfolgreiche Bürgerbegehren Stenkhoffbad soll die Grundsteuer B angehoben und damit die Mieten verteuert werden. Es sollen künftig die Preise für die Bäder, die Benutzung der Sportanlagen durch Vereine, für Theater und Konzerte sowie die Parkgebühren in den Parkhäusern erhöht werden. Sportplätze sollen geschlossen, Beratungsstellen zusammengelegt werden. Die Streichung der Zuschüsse für das warme Essen an Ganztagschulen führte dazu, dass die Teilnahme am Mittagessen drastisch zurückging. Kinder dürfen nicht hungrig im Unterricht sitzen! Die Musikschule be-

klagt einen Rückgang der Kurs Teilnehmer nach Streichung des Bottrop-Passes und des Geschwisterrabatts. Die Mittel für die Suppenküche Kolüsch werden halbiert. Bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung werden 60 Vollzeitstellen gestrichen, die Wartezeiten im Bürgerbüro immer länger. Mit solch rigorosen Streichungen kann die Stadt vielleicht ihre Kreditwürdigkeit bei den Banken verbessern, nicht aber den Anspruch der Bürger auf eine soziale Stadtpolitik erfüllen!

Die DKP fordert eine Wiedereinführung des Bottrop-Passes, damit auch arme Menschen am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können. Die Grundschulen sollen, beginnend im Bottroper Süden, Ganztagschulen werden. Dies verbessert

die Bildungschancen und der Elternbeitrag für die OGS würde entfallen. Kinder brauchen in den Schulen ein kostenloses Mittagessen. Die Schulsozialarbeit muss von der Stadt künftig finanziert werden, falls der Bund ab 2014 die Mittel streicht. Statt immer mehr arme Menschen sowie Familien mit Kindern zu belasten, sollte stattdessen die Gewerbesteuer angehoben werden. Diese ist seit 2002 unverändert.

Der erfolgreiche Widerstand gegen die Schließung des Stenkhoffbades zeigt, dass Entscheidungen des Rates durch die Bürger korrigiert werden können. Die DKP hat deshalb einen Bürgerentscheid gegen das Millionengrab Flugplatz Schwarze Heide vorgeschlagen.

Die Zocker in Nadelstreifen

sind die wahren Gewinner der öffentlichen Verschuldung! Statt ihnen Milliarden von Steuergeldern in den Rachen zu werfen, müssen die kommunalen Schulden bei den Banken gestrichen werden!

Michael Gerber, Tel.: 96227

**Sprechstunden
der DKP-Rats-
fraktion:**

**Montag,
Mittwoch
und
Donnerstag**

**von
14.00 Uhr
bis
17.00 Uhr**

**im
DKP-Büro**

Germaniastr. 54

*

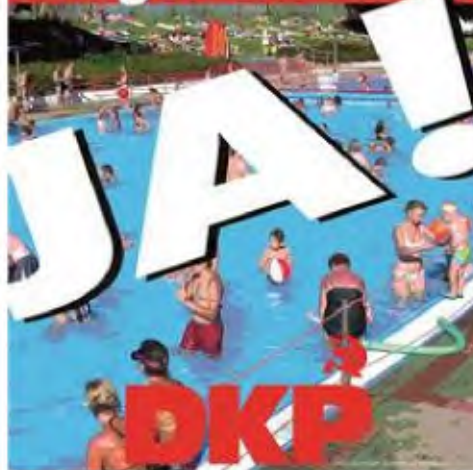
**oder
ruf doch mal
an:**

688 157

*

**im
Internet:
www.dkp-
bottrop.de**

**Stenkhoffbad
bleibt!
Bürgerentscheid**



Erfolg für das Bürgerbegehren Stenkhoffbad zeigt: Widerstand lohnt sich

Erklärung der DKP zum Ergebnis der Bundestagswahl

Bundestagswahl: Ein Sieg der Banken und Konzerne

Zum Ausgang der Bundestagswahl veröffentlichte der Parteivorstand der DKP unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse eine Erklärung:

Was die herrschenden Medien seit Monaten in ihrer Berichterstattung vorweggenommen haben, ist bei den gestrigen Bundestagswahlen eingetreten: CDU/CSU sind deutliche Wahlsieger – unter anderem auf Kosten der FDP, die nicht mehr im Bundestag vertreten ist.

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele schätzt dazu ein: „Egal welche Koalition die Unionsparteien eingehen werden – für die Menschen hierzulande wird sich nicht viel ändern: Die Kriegseinsätze der Bundeswehr werden weitergehen. Der nächste EU-Rettungsschirm für Banken wird verabschiedet werden. Der nächste Sozialraubzug wird in Angriff genommen werden, um die führende Position deutscher Banken und Konzerne auf dem Rücken der Lohnabhängigen hierzulande und in Europa auszubauen. In diesem Sinne ist das Ergebnis ein Wahlsieg für die Banken und Konzerne.“

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen spiegeln – wenn auch verzerrt – den Bewusstseinsstand der arbeitenden Bevölkerung unter den momentanen Kräfteverhältnissen wieder. Dass auch große Teile der Arbeiterklasse den Parteien ihre Stimme gegeben haben, die für Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau stehen, ist ein Ausdruck ihres derzeitigen Bewusstseinsstandes: Die Propaganda, dass „Deutschland“ im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU gut dastehe, habe laut Köbele gegriffen – auch aufgrund der gezielt geschürten Ängste vor einem sozialen Abstieg. Der DKP-Vorsit-

zende weist aber gleichzeitig daraufhin, dabei Widersprüchlichkeiten im Blick zu behalten: „Wenn einerseits die Unionsparteien die Wahl gewinnen, andererseits aber laut Infratest selbst 74 Prozent der CDU-Wähler für einen gesetzlichen Mindestlohn sind, weist das deutlich auf die Risse im Wählerspektrum der Unionsparteien entlang von Klassenfragen hin.“ In diesem Sinne müsse es bei den kommenden außerparlamentarischen Kämpfen – aber auch bei den Wahlkämpfen 2014 – darum gehen, an den unmittelbaren Interessen der arbeitenden Klasse anzusetzen, um die nächsten Angriffe des Kapitals möglichst geschlossen abzuwehren.

Nicht zuletzt mit Blick auf das gute Abschneiden der reaktionären Kraft „Alternative für Deutschland“ begrüßte Köbe-

le nochmals den Beschluss des DKP-Parteivorstandes, zu den EU-Wahlen 2014 anzutreten:

„Wenn eine Partei aus dem Stand fast 5 % erhält, die nationalistische und rassistische Stimmungen bedient, ist es notwendiger denn je, dass eine kommunistische Partei kandidiert, die ihr NEIN zur EU der Banken und Konzerne mit einem NEIN zu Rassismus und Nationalismus verbindet.“

Denn eines ist klar: Widerstand gegen die EU hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Lohnabhängigen in Deutschland den Schulterschluss mit den Lohnabhängigen in den Ländern suchen, die durch die Spardiktate der EU-Troika in massive Armut getrieben werden.“

Europawahl 2014

Irmgard Bobrzik kandidiert

Die DKP hat im Oktober auf einer Wahlversammlung in Hannover ihren Antritt zur Europawahl am 25. Mai 2014 und eine Kandidatenliste beschlossen. Angeführt wird die DKP-Liste von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Nina Hager aus Berlin. Ihr folgen Mario Berrios Miranda, Landesvorsitzender der DKP Brandenburg, Siw Mammitzsch aus Essen und der Wirtschaftsjournalist Lucas Zeise, Mitbegründer der Financial Times Deutschland. Auf Platz 11 der Liste kandidiert Irmgard Bobrzik, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der DKP im Rat der Stadt Bottrop.

Die DKP Bottrop wird parallel zur Kommunalwahl aktiv in den Wahlkampf zur EU-Wahl eingreifen.

SENSATION: DIE PARTEI DER BIERTRINKER MACHT SCHON JETZT EINE FESTE KOALITIONSAUSSAGE ZUGUNSTEN DER AUTOFAHRERPARTEI!



Bürgerbegehren - diesmal:

Gegen Millionengrab Flugplatz Schwarze Heide

Für den Flugplatz Schwarze Heide sind seit dem Jahr 2000 mindestens 10 Millionen Euro Steuergelder im Sand der Kirchheller Heide versenkt worden. Allein für die Verlängerung der Start- und Landebahn von 900 auf 1.500 Meter wurden 4,6 Millionen Euro öffentlicher Gelder ausgegeben. Gutachter hatten 2002 prognostiziert, dass am Flugplatz 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen würden. Der Geschäftsreiseverkehr werde mit der längeren Startbahn, so die Prognose, einen rasanten Aufschwung nehmen. Zahlreiche Geschäftsflugzeuge würden neu an der Schwarzen Heide stationiert werden. Für den Flugplatz wurden nach wenigen Jahren Gewinne vorhergesagt.

Heute sind es statt der 1.000 Arbeitsplätze weniger als 100, davon 65 bei der Flugzeugfirma Extra. In den drei Jahren seit der Verlängerung der Startbahn wurde nicht ein einziges neues Geschäftsreiseflugzeug in der Schwarzen Heide stationiert. Der Anteil von Geschäftsreiseflugzeugen an den Flugbewegungen beträgt gerade einmal 0,5 Prozent! Statt schwarzer Zahlen beträgt der Verlustausgleich für die kommunalen Gesellschafter jährlich 280.000 Euro. Weitere Erhöhungen stehen bevor. Mit einer Eigenkapitalquote von unter 4 Prozent bewegt sich die Flugplatzgesellschaft am Rande der Insolvenz und ist auf dauerhafte Zahlungen durch die Stadt Bottrop angewiesen.

In einem neuen Gutachten vom Juli 2013, das allein schon 150.000 Euro kostete, werden zahlreiche neue Investitionen gefordert, um die Schwarze Heide attraktiver für den Taxi- und Geschäftsreiseverkehr zu machen. Gleichzeitig müssten sich die kommunalen Zuschüsse, so die Gutachter, weiter erhöhen. Bei vergleichbaren Flugplätzen beträgt der Verlustausgleich bis zu einer Million Euro jährlich. Laut Gesellschaftsvertrag ist die Stadt eigentlich lediglich verpflichtet, maximal 25.000 Euro jährlich zu zahlen! Tatsächlich zahlt Bottrop 137.500 Euro.

Dass es auch anders geht, zeigt der Flugplatz Loemühle bei

Marl. Dort hatten CDU und Grüne 2006 im Kreistag die Gelder für den Flugplatz gestrichen. Seitdem wird der Flugplatz dort privat betrieben. Um den Wahnsinn in Bottrop-Kirchhellen zu stoppen, hatte die DKP in der Ratssitzung am 24. September einen Bürgerentscheid zur Reduzierung der Verlustabdeckung durch die Stadt Bottrop vorgeschlagen.

Statt den Bottrop-Pass, den Zuschuss zum Mittagessen in den Schulen, der Jugendarbeit und viele andere Leistungen zu streichen und die Gebühren für Musik- und Kulturwerkstatt, für die Vereine die der Benutzung von Sportanlagen und für die Bäder sowie den Eintritt für Theater und Konzerte zu erhöhen, sollten die Gelder für den Flugplatz Schwarze Heide gestrichen werden!

Das Bürgerbegehren Stenkhoffbad, von Mitgliedern der DKP mitinitiiert, hat gezeigt, dass es möglich ist, sich erfolgreich gegen Entscheidungen des Rates der Stadt zu wehren. Dies ist eine Ermunterung für ein neues Bürgerbegehren, um mit dem Millionengrab Schwarze Heide Schluss zu machen!

Michael Gerber, Tel.: 96627



DKP Bottrop

Solidarisch mit den Huber-Beschäftigten

Die Bottroper DKP-Fraktion hat sich zu einem Informationsgespräch mit dem Betriebsrat der Huber-Packaging-Group-GmbH getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende, Heiko Schmidt, informierte über die zum 31. Dezember 2013 geplante Schließung des Werkes in Bottrop und den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Erhalt der damit verbundenen etwa 115 Arbeitsplätze in unserer Stadt. Der Gesamtbetriebsrat hat unter Beteiligung des Wirtschaftsgutachters Martin Schwarz-Kocher vom IMU-Institut in Stuttgart ein Gegenkonzept zur Schließung des Bottroper Werks erarbeitet, mit dem der Standort Bottrop erhalten werden würde. Dieses will die Arbeitgeberseite jedoch nicht weiter verfolgen, so dass jetzt die Einigungsstelle angerufen wurde.

Die DKP-Fraktion erklärte sich solidarisch mit dem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Huber-Packaging in Bottrop und sicherte ihre Unterstützung zu.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Behindertenbeirat einstimmig

Brücke Lütkestraße muss Chefsache werden

In der Sitzung des Behindertenbeirates am 18.9.2013 wurde von Vertretern der Stadtverwaltung bezüglich des Baus der Brücke Lütkestraße erneut über bürokratische Hindernisse von Seiten der Deutschen Bahn berichtet.

Manfred Plümpe (DKP) kritisierte das unerträglich langsame Vorwärtkommen: „Wenn die Mitarbeiter der Stadtverwaltung von der Bahn nicht ernst genommen werden, muss sich der Oberbürgermeister persönlich einschalten. Inzwischen überqueren Kinder die Gleise zur Abkürzung.“

Diese Meinung fand Zustimmung im Beirat. Auf Antrag des DKP-Vertreters beschloss der Behindertenbeirat daraufhin einstimmig, den Oberbürgermeister aufzufordern, die Angelegenheit Brücke Lütkestraße zur Chefsache zu machen.

Günter Ziemmek, Tel.: 262140



Selbst das Fernsehen interessierte sich für die Lücke an der Lütkestraße - und die Anwohner sind nach wie vor am Ball!

Gemeinsam lernen nur bis zur 10. Klasse

Neue Sekundarschule in Kirchhellen: EINE Schule für ALLE??

Die DKP fordert seit Jahrzehnten die Schaffung einer Schule für alle, in der alle Kinder bis zum 10. Schuljahr gemeinsam lernen. Daher haben wir uns seit Jahrzehnten für die Einrichtung von Gesamtschulen eingesetzt und die Abschaffung des gegliederten Schulsystems gefordert. Unser Schulsystem muss die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Vordergrund stellen. Wir wollen ein Schulsystem in dem die Klassenstärke 20 Schülerinnen und Schüler nicht übersteigt und die Schüler in einem gebundenen Ganztagsunterricht unterrichtet werden. Wir fordern ein Schulsystem, in dem die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.

Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein, denn die Bildungsforscher in unserem Land sind nach der Veröffentlichung der PISA-Studie der Meinung, dass durch ein einheitliches Bildungssystem den Kindern die besten Bildungschancen ermöglicht werden. Doch leider hören die verantwortlichen Politiker nicht auf die Bildungsforscher und Wissenschaftler.

Die DKP hätte sich gewünscht, dass die SPD/Grüne-Minderheitsregierung in NRW 2011 den Mut gehabt hätte, das dreigliedrige Schulsystem tatsächlich abzuschaffen. SPD und Grüne hatten nämlich versprochen: Längeres gemeinsames Lernen und eine Schule für alle. Davon sind wir allerdings weit entfernt.

Denn: Mit dem Schulkonsens von 2011, in dem SPD, CDU und Grüne auf Landesebene den sogenannten „Schulfrieden“ geschlossen haben, gibt es neben Haupt-, Real-, Gesamtschule und Gymnasium nun eine fünfte Schulform: Die Sekundarschule.

Die erste Sekundarschule in Bottrop soll nun in Kirchhellen eingerichtet werden. Ob dies zu mehr Chancengleichheit in Bottrop führen wird, ist abhängig von der Form der Sekundarschule. Eine kooperative Sekundarschule belässt alles beim Alten. Die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in Hauptschule und Realschule erfolgt zwei Jahre später als bisher und unter ei-

nem Dach. Wenn wir mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen, benötigen wir eine Sekundarschule in integrativer Form, denn nur dort können alle Kinder gemeinsam bis zum 10. Schuljahr lernen.

Die Gründung einer Sekundarschule in Kirchhellen bedarf einer sorgsamsten Vorbereitung und transparenter Entscheidungen. Die DKP ist der Meinung, dass alle an diesem Prozess Beteiligten in einer offen geführten Diskussion die Möglichkeit haben müssen, sich mit ihren Vorstellungen, Erwartungen und Fragen einzubringen. Dies gilt insbesondere für die Eltern, die mit der Schulwahlentscheidung für ihre Kinder eine Sekundarschule in Kirchhellen erst ermöglichen.



Hier soll demnächst die erste Sekundarschule in unserer Stadt entstehen. Lesen Sie auf diesen beiden Seiten, was dies für Probleme aufwirft, aber auch welche Möglichkeiten eröffnet werden!

Die Sekundarschule in Kirchhellen

Drei unterschiedliche Typen

Wie soll der Normalbürger da durchblicken? Es gibt drei unterschiedliche Formen von Sekundarschulen. Trotzdem: Zum Schuljahresbeginn 2015/ 16 soll sie starten: Die Sekundarschule in Kirchhellen. Darauf hat sich nun endgültig der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 24. September geeinigt.

Gleichzeitig wurde ein Zeitplan verabschiedet, der im November diesen Jahres vier Informationsveranstaltungen – zwei in Kirchhellen und zwei in Alt-Bottrop – vorsieht. Auf diesen Veranstaltungen sollen die Eltern der Zweit- und Drittklässler über die unterschiedlichen Formen der Sekundarschule informiert werden. Die Veranstaltungen sind öffentlich, so dass jeder Interessent daran teilnehmen kann. Nach Meinung der DKP kommen diese Veranstaltungen viel zu spät und hätten schon vor mehr als einem Jahr, während der Diskussion über den Schulentwicklungsplan (SEP) stattfinden müssen.

Es gibt drei unterschiedliche Formen der Sekundarschule – kooperativ, teilintegriert und integriert –, die wir hier kurz vorstellen möchten. Die letztliche Entscheidung, welche Form die Sekundarschule in Kirchhellen haben wird, trifft allerdings der Rat der Stadt mit Mehrheit!

Die Gemeinsamkeiten der drei Formen der Sekundarschule:

In allen drei Formen der Sekundarschule ist die 5. und 6. Klasse eine Orientierungsstufe, in der alle Kinder gemeinsam lernen. Die Sekundarschule hat keine Oberstufe und muss daher eine Kooperation mit einer Schule, die zum Abitur führt, eingehen (Gymnasium, Gesamtschule, Berufskolleg), damit diejenigen, welche die Qualifikation für die Oberstufe erhalten, dort dann ihr Abitur machen können. Die Sekundarschule ist eine Ganztagschule und muss mindestens dreizügig sein.

Die drei Formen

A)

Kooperative Sekundarschule

- parallel zwei oder drei Bildungsgänge (z. B. Hauptschul- und Realschulzweig oder Haupt- und Realschulzweig und Gymnasium)
- ab der 7. Klasse gibt es die Unterscheidung in Grundebene (G-Klassen) und Erweiterungsebene (E-Klassen)
- es findet nach der 6. Klasse eine Selektion der Schülerinnen und Schüler statt.
- wie in Hauptschule und Realschule heute, kann man in der Sekundarschule die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe erhalten
- ab der 6. Klasse muss eine zweite Fremdsprache erlernt werden, um später die Möglichkeit zu haben, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen

B)

Teilintegrierte Sekundarschule

- keine Trennung nach der 6. Klasse
- gemeinsamen Lernens in Teilbereichen von der 7. bis zur 10. Klasse
- Fachleistungsdifferenzierung ab der 7. Klasse in Grundebene und Entwicklungsebene in den Kernfächern (Englisch, Deutsch, Mathematik und einer Naturwissenschaft)

C)

Integrierte Sekundarschule

- keine Trennung nach der 6. Klasse
- gemeinsames Lernen von der 7. bis zur 10. Klasse
- keine Fachleistungsdifferenzierung in Grund- und Entwicklungsebene
- individuelle Förderung innerhalb des Klassenverbandes



Auch in diesem Jahr gab es Schultüten von der DKP, hier an der Rheinbabenschule, wo DKP-Kandidat Franz Kemptner sie an die Einschüler verteilte.

Wie geht es mit der Diskussion um die Sekundarschule Kirchhellen denn nun weiter?

Dem vom Rat der Stadt am 24. September beschlossenen Zeitplan zur Gründung einer Sekundarschule in Kirchhellen zufolge werden endlich die ersten Informationsveranstaltungen durchgeführt. In diesen ersten Veranstaltungen sollen vorrangig die Eltern der Grundschüler der jetzigen zweiten und dritten Klassen über die unterschiedlichen Organisationsformen – kooperativ, teilintegriert, integriert – informiert werden.

Ende November bekommen alle Eltern der zweiten und dritten Klassen einen Fragebogen, um zu ermitteln, welche Schulform sie bevorzugen. Im Februar 2014 soll dann der Rat der Stadt über die Organisationsform der Sekundarschule entscheiden.

Anschließend erarbeitet eine Vorbereitungsgruppe ein pädagogisches Konzept für die Sekundarschule, das Ende Mai / Anfang Juni auf Informationsveranstaltungen vorgestellt werden soll.

Noch vor den Sommerferien 2014 werden wiederum die Eltern der Schülerinnen und Schüler der zweiten und dritten Klassen aller Bottroper Grundschulen befragt, ob sie ihr Kind zur ersten Sekundarschule in Bottrop anmelden würden.

Der Rat der Stadt kann im September 2014 die Errichtung der Sekundarschule in Kirchhellen nur dann beschließen, wenn mindestens 75 Eltern der genannten Grundschulklassen ihre Kinder an der Sekundarschule anmelden.

Die DKP ruft alle Eltern der Grundschüler dazu auf, sich über diese neue Schulform zu informieren.

Ulrich Kunold, Tel.: 7734190

Kurz & knapp - aber zum Teil schmerzhaft**Hartz IV-Bezieher müssen zwangsweise Betreuungsgeld beantragen!**

Seit August können Erziehungsberechtigte für Kinder unter drei Jahren Betreuungsgeld beantragen, wenn die Kinder statt in einem Kindergarten zu Hause betreut werden sollen. Das entsprechende Bundesgesetz, ein Lieblingsprojekt der bayerischen CSU, wird massiv in der Öffentlichkeit von Beratungsstellen kritisiert, da es an einem überholten Rollenverständnis und Familienbild festhält. Hartz IV-Bezieher haben nichts davon, denn das Betreuungsgeld wird ihnen angerechnet. Diese zusätzliche Ungerechtigkeit der umstrittenen „CSU-Herdprämie“ ist bekannt.

Als Krönung werden nun die Bezieher von Hartz IV von der ARGE in Bottrop, auch gegen ihren Willen, verpflichtet, den Antrag zu stellen, damit die ARGE ihre Zahlungen um den Betrag des Betreuungsgeldes verringern kann!! „Das ist absurd und ein Skandal, wie in einer SPD-geführten Verwaltung durch die Hintertür die CSU-Herdprämie zwangsweise eingeführt wird“, kritisiert Manfred Plümpe, Vertreter der DKP im Jugendhilfeausschuss.

*

Kaum noch preiswerter Wohnraum

Immer mehr Menschen werden durch den herrschenden Mietwucher in die Armut getrieben. Vor allem Geringverdiener und Familien mit zwei und mehr Kindern haben immer größere Schwierigkeiten, sich am Wohnungsmarkt zu versorgen. Laut der von der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Untersuchung gilt dieses in hohem Maße für Bottrop. Nur 9 % der Wohnungen kommen für einkommensschwache Familien in unserer Stadt überhaupt in Frage. Das Armutsrisiko steigt dramatisch aufgrund der Miet-

preise. Viele Familien sinken nach Abzug der Miete unter das Hartz-IV-Niveau. Die Studie macht auch die soziale Spannung innerhalb der Stadt sehr deutlich: Menschen mit niedrigem Einkommen sind gezwungen, in andere Stadtteile bzw. ins Umland zu ziehen, dorthin, wo der Wohnraum noch halbwegs bezahlbar ist. Mit dem Deutschen Mieterbund fordert die DKP mehr bezahlbaren sozialen Wohnungsbau und eine Begrenzung der Wiedervermietungsrenten.

DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Die Studie macht erschreckend deutlich, dass dringender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum durch sozialen Wohnungsbau besteht. Bezahlbares Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Die Stadt Bottrop hat eine Mitverantwortung für diese Situation, da bei Neubaugebieten der soziale Wohnungsbau völlig vernachlässigt wird und einseitig auf Mieteigentum gesetzt wird. Die DKP fordert ein Umsteuern auf mehr sozialen Wohnungsbau“.

*

Gegen Bebauungsplan in der Ebel

Im September wurde im Rat der Stadt mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen, FDP und ÖDP dem Bebauungsplan Schürmannstraße/Bergbaustraße in der Ebel zugestimmt. Die einzige Fraktion, die einen schriftlichen Widerspruch dagegen formuliert hat und natürlich dagegen stimmte, war die DKP-Ratsfraktion.

Nach der Zustimmung zu diesem Bebauungsplan soll eine der letzten Grünflächen in der Ebel vernichtet und zugebaut werden, obwohl in diesem Stadtteil fast genauso viele Wohnungen leer stehen, wie auf die Freifläche hingesetzt werden sollen. Darf man hier sagen: Pervers? Man darf und muss noch hinzufügen: Profitstreben - das ist Kapitalismus pur!!



Nach vielen Jahren Holperpflaster wurde 2008 der Eigener Markt neu gestaltet und von den Bürgern angenommen. Aber nun sollte plötzlich das Parken auf dem Platz unterbunden werden, weil sonst Fördergelder des Landes zurückgezahlt werden müssen. Auf einem informellen Treffen mit dem Bezirksbürgermeister – aber auch die DKP hatte einen Tipp bekommen – forderten die empörten Geschäftsleute, das Parken weiter zu gestatten. Was war geschehen?

Die Verwaltung hatte klammheimlich die Planung des Platzes danach gerichtet, wofür es am meisten Fördergelder gibt. Sie hatte vor dem Bunker im Eigen einen architektonisch wertvollen leeren Platz wie vor dem Kölner Dom geplant, um dafür entsprechenden Gelder einzustreichen. Die Förderbedingungen wurden nicht offen diskutiert, das Parken wurde geduldet und man setzte darauf, dass schon nichts auffällt.

Auf der Sitzung der Bezirksvertretung wurde letztens jedoch die Verwaltung beauftragt, andere Lösungen zu suchen, damit nicht die 380.000 Euro Fördergelder in voller Höhe zurückgezahlt werden müssen. Manfred Plümpe erklärte für die DKP: „In einem offenen Verfahren hätte man damals eine vernünftige Lösung durchsetzen können - erwischt hat man jetzt schlechte Karten.“ Die Entscheidung wurde jedoch vertagt, um erst einmal Dampf abzulassen.

Die heimlichen Spekulationen und Winkelzüge der Verwaltung zum angeblichen Wohle Bottrops kommen mal wieder teuer zu stehen. Die DKP bleibt wie bisher am Ball, ihre Forderung: Gebührenfreies Parken auf dem Platz, Schrittgeschwindigkeit auf dem Teilstück Vienkenstraße und außerdem eine tragfähige Lösung für den Kiosk mit öffentlicher Toilette.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

marxistisch · kritisch · analytisch



UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

Es bleibt dabei:

NEIN zur Autobahn A52

NRW-Verkehrsminister Groschek hat im Juli der Öffentlichkeit seine Pläne für die „Verbesserung“ der Verkehrsverhältnisse im mittleren Ruhrgebiet vorgestellt. In der Kernfrage, dem Bau der geplanten Transitautobahn A 52, ist der SPD-Minister vor dem Druck der Industrie eingeknickt. Danach soll zwischen der A 2 und der A 42 die bisherige B 224 auf Bottroper Gebiet zur Autobahn 52 ausgebaut werden.

Gegen diesen Bau der Autobahn gibt es seit Jahren Widerstand der Anwohner, der Interessengemeinschaft „Stoppt A 52“ und der DKP. Es ist zu befürchten, dass mit einer Salamiaktik an dem langfristigen Ziel einer Transitautobahn festgehalten wird.

In Gladbeck entschieden sich im letzten Jahr 56 Prozent der Beteiligten am Ratsbürgerentscheid gegen den geplanten Bau der Transitautobahn. Besonders das Vorhaben, ein Autobahnkreuz an der A2 zu bauen, war ein Hauptgrund für die breite Ablehnung der Ausbaupläne durch die Gladbecker Bevölkerung. Nach der jetzigen Veröffentlichung des Plans wies der Gladbecker Bürgermeister Roland (SPD) in einem Protestbrief an den NRW-Verkehrsminister daher darauf hin: „Im Vorfeld der Abstimmung hatten Bund und Land für den Fall eines ablehnenden Votums der Gladbecker Bürgerschaft einen Abbruch des Planungsprozesses zum Ausbau der B 224 zur A 52 zugesagt.“ An diese Zusage fühlen sich jetzt weder Berlin noch Düsseldorf gebunden!

Bottrops OB Tischler sowie die Ratsmehrheit von SPD und CDU begrüßen den geplanten Autobahnbau auf Bottroper Gebiet. Ihr Hauptargument: Dann erhalten die Anwohner endlich eine Lärmschutzwand. Es ist ein einmaliger Vor-

gang, dass der Bau einer Autobahn eingefordert wird, damit es künftig einen Lärmschutz für die Anwohner gibt! Vor den Folgen eines höheren Verkehrsaufkommens, den steigenden Belastungen für Mensch und Umwelt durch Abgase und Lärm werden konsequent die Augen verchlo-

sen. Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Protest in den betroffenen Städten Essen, Bottrop und Gladbeck hat eine lange Tradition. Bereits 2009 protestierten die DKP-Ratsmitglieder aus den drei Städten gemeinsam gegen die geplante Transitautobahn.

DKP-Ratsherr Ulrich Kunold: „Die DKP-Fraktion lehnt die Pläne von Verkehrsminister Groschek nach wie vor ab. Das Teilstück auf Bottroper Gebiet hat keinen eigenen Verkehrswert und wird die Staus nur verlagern. Der Bau einer Autobahn war Mitte des letzten Jahrhunderts vielleicht noch moderne Verkehrspolitik. Heutzutage ist das nichts anderes als eine Kapitulation vor der Auto-Lobby.“

Die weiteren Vorschläge in dem

34 Punkte umfassenden Maßnahmenpaket von Groschek zur Verbesserung der Verkehrssituation im mittleren Ruhrgebiet sind zum größten Teil nur unverbindliche Absichtserklärungen oder längst beschlossene Maßnahmen, die aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden. Der zweigleisige Ausbau der S-Bahn Verbindung zwischen Bottrop und Gladbeck soll beispielsweise lediglich geprüft werden. Ohne die Beseitigung dieses Nadelöhrs kann der dringend notwendige 10-Minuten-Takt nicht realisiert werden. Für einen Radschnellweg zwischen Gladbeck und Essen ist nur eine Machbarkeitsstudie angekündigt. Eine konsequente Förderung des ÖPNV und eine Beendigung der Fixierung auf PKW- und LKW-Verkehr sähen anders aus. Mit dem Festhalten am geplanten Ausbau der A 52 hat Minister Groschek eine Chance vertan. Die DKP wird gemeinsam mit den Bürgerinitiativen in Bottrop, Essen und Gladbeck ihren Widerstand gegen die geplante A 52 fortsetzen.

Jörg Wingold, Tel.: 685911



Dies ist der Bolzplatz an der Heidestraße im Fuhlenbrock, der „zum Zwecke der Wohnbebauung vermarktet“ werden soll. Aber die jungen Leute, die ihn gern mal nutzen, haben sich zusammen getan, um Unterschriften für seinen Erhalt zu sammeln. Dass der Platz „vermarktet“ werden sollte, hatten sie von DKP-Bezirksvertreter Manfred Plümpe erfahren!

Bildungspolitik

DKP: Ziele formulieren

DKP-Vertreter Ulrich Kunold reichte es: Die Diskussion im Schulausschuss über die zukünftige Bildungslandschaft unserer Stadt blieb auf der Oberfläche und beschränkte sich darauf, Schülerzahlen hin und her zu schieben.

Mehrfach hatte die DKP gefordert: Lasst uns endlich über Bildungsziele sprechen. Bei den Vertretern von CDU und SPD herrschte jedoch Funkstille: Warum über Ziele diskutieren, wenn eh kein Geld da ist? Die DKP hat daher für die November-Sitzung des Schulausschusses in einem konkreten Antrag ihre Vorstellungen zur Diskussion gestellt.

Sollte diesmal auch wieder Diskussionsverweigerung herrschen, dürfte endgültig klar sein: Bessere Bildung und Bildungsziele sind in Bottrop nicht erwünscht!



Keine Lärmschutzwand Im Brahmkamp



Eisenbahnromantik??

Vonderort ist eigentlich ein recht grüner, beschaulicher Stadtteil. Etwas abseits von Straßenlärm und Hauptstraßen gelegen, vernutet man hier fast dörfliche Ruhe. Aber wehe dem, der an den Bahndämmen der Deutschen Bahn wohnt! Polternder Güterverkehr und Personenverkehr der Regionalbahn sorgen für ständigen Lärm und wackelnde Wände. Auch nachts sind die Anwohner der Straße Im Brahmkamp, der Wissmann- und Lüderitzstraße diesem Bahnverkehr ausgesetzt.

Daher beschlossen dortige Anwohner 2010, eine Bürgerinitiative für den Bau einer Lärmschutzwand zu gründen!

Mit Unterstützung der DKP wurde die örtliche Presse informiert, es wurden Briefe an die Stadtverwaltung und an die Bahn geschrieben. Die Stadtverwaltung versprach Unterstützung und es kam auch zu einem Gespräch der Deutschen Bahn in ihrer Hauptverwaltung in Köln mit zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative und dem DKP-Ratsherm Michael Gerber

Doch leider brachten Gespräch und Lärmmessung keine Lärmschutzwand, sondern lediglich das Angebot, den Einbau von lärm-dämmenden Fenstern finanziell teilweise mitzutragen! Jedoch wird dieser Schallschutz nicht für alle Räume genehmigt, sondern hauptsächlich für Wohnzimmer und

Schlafräume, wenn der Krach tagsüber 70 db übersteigt und nachts mindesten 60 db. Das hört sich erstmal gut an, aber es entstehen den Hausbesitzern noch immense Kosten, da die Bahn nur einen Teil der Umbauten finanziert. Wem nützen auch solche Fenster im Sommer, wenn sie geöffnet werden und der Lärm weiterhin ungehindert durch die Wohnräume poltert?

Auch dürfen die Hausbesitzer sich nicht ihren Fensterbauer selber aussuchen, sondern müssen sich an einen Architekten und eine Firma aus dem Sauerland wenden. In einem Fall wurden im Brahmkamp sogar per „Ferndiagnose“ die Kosten und der Bauplan für die Schalldämmung erstellt.

Bei einem Info-Abend waren keine Vertreter der Bahn anwesend, sondern nur Vertreter der Stadtverwaltung und der Beauftragte für die Lärm-messungen. Diese ergaben, dass in der Vonderbergstraße durch die Lärmschutzwand lediglich eine geringe Verbesserung erreicht wird, durch den Güterverkehr erreichte nachts der Lärmpegel einen Wert von circa 62 db. So sind die Bewohner um den Brahmkamp eben weiterhin erheblichem Lärm ausgesetzt, die Deutsche Bahn kümmert es nicht.

Birgit Lütke-Jordan,
Tel.: 7716921

Bei der DKP

Hilfe beim „Amt“ und mit Hartz-IV-Problemen

Viele „Kunden“ der Jobcenter, auch der ARGE in Bottrop, beklagen mangelnde Information und Beratung, schleppende Bearbeitung der Anträge, das Verschwinden von eingereichten Unterlagen und fehlerhafte Bescheide.

Es finden sich Berechnungsfehler bei den Kosten der Unterkunft, bei der Warmwasseraufbereitungspauschale, bei der Pauschale für Alleinerziehende, der Versicherungspauschale, bei Mehrbedarfen, bei Umzugskosten, bei der Verrechnung von zufließendem Einkommen... - die Aufzählung könnte fast endlos weitergeführt werden.

Die DKP-Bottrop hilft beim Ausfüllen von unverständlichen Formularen, beim Widerspruch gegen unverständliche oder fehlerhafte Bescheide, bei der Durchsetzung von Rechten und Ansprüchen.

So konnte die DKP z.B. einer jungen Familie helfen, ihren Anspruch auf die Erstaussattung der Wohnung durchzusetzen. Wir begleiteten sie bei der An-

tragstellung im Jobcenter, nach der Ablehnung halfen wir bei der Formulierung des Widerspruchs und waren zum Schluss auch beim Sozialgericht Gelsenkirchen dabei, als der Anspruch letztlich anerkannt wurde.

Mehrmals konnten wir Hartz-IV-Empfängern bei Problemen mit dem Umzug helfen. Viel zu oft wird nämlich die Kaution für die neue Wohnung nicht übernommen oder werden die Kosten der Unterkunft nur in Höhe der vorigen Wohnung anerkannt.

Die DKP-Bottrop hilft kostenlos jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag zwischen 14:00 und 17:00 Uhr im Parteibüro, Germaniastraße 54, Tel. 02041-688157, E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de bei allen Fragen oder Problemen rund um die Themen Hartz IV, Mietfragen und Sozialhilfe.

Wer seine Rechte nicht wahrnimmt, verliert sie!

Volker Pätzold,
Tel.: 688157

Impressum

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____

Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber,
 Germaniast. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de
 www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel